



Zwickauer Terror-Trio – Bundesbehörden wussten mehr als bisher bekannt

Bericht: Christian Bergmann, Sebastian Pittelkow

Bukarest im Sommer 1998. In der Deutschen Botschaft laufen die Vorbereitungen für einen Zugriff auf Hochtouren. Das Ziel der Behörden: Uwe Mundlos, Beate Zschäpe und Uwe Böhnhardt – später bekannt als das Zwickauer Trio. Wie Exakt-Recherchen erstmals offenbaren: Die Aktion wurde vom Bundeskriminalamt koordiniert. Wir sprechen mit Bodo Ramelow über unsere Recherchen. Er bestätigt uns die Existenz von Telefonprotokollen. Auch aus diesen geht die Rolle des BKAs in Bukarest hervor.

Bodo Ramelow, DIE LINKE., Fraktionsvorsitzender Thüringen:

"Böhnhard und Mundlos sollen laut einer telefonischen Überwachungsaktion angekündigt haben nach Südafrika zu gehen. Und auf diesen Flug, der über Bukarest gebucht sein sollte, war in Bukarest schon ein BKA-Verbindungsmann platziert, der warten sollte, ob die beiden oder die drei auftauchen."

Die Flucht über Bukarest nach Südafrika ist genau geplant. Von der rumänischen Hauptstadt soll es per Flugzeug zuerst nach Namibia gehen. In der deutschen Botschaft in Bukarest wird die Falle geplant und sie ist geheim. Insgesamt wissen nur drei Ermittler über den Zugriff Bescheid. Am Flughafen sollen die Rechtsterroristen dann festgenommen werden. Der Kontakt-Beamte des BKA informierte bereits die örtlichen Behörden. Aber das Trio taucht nicht auf.

Doch das BKA war nicht die einzige Bundesbehörde, die nach dem Trio fahndete. Auch das Bundesamt für Verfassungsschutz forschte - nach Exakt-Recherchen- jahrelang nach dem Verbleib der Rechtsterroristen. Völlig neue Erkenntnisse. Seit der Enttarnung der rechtsextremen Terrorzelle vor fast drei Monaten war von einer Beteiligung der Bundesbehörden an der Fahndung nie die Rede.

Bodo Ramelow, DIE LINKE., Fraktionsvorsitzender Thüringen:

"Mit jedem Tag in denen wir in den Zeitungen lesen, was in den anderen Bundesdiensten los war, hab ich das Gefühl Thüringen soll die Schuld in die Schuhe geschoben kriegen. Da ist auch viel an Fehlern gemacht worden, aber ich hab das Gefühl, dass hier ganz andere Ämter ihre Finger drin haben und von ihrer Verantwortung ablenken wollen."



Wir wollen mehr wissen und gehen der Spur nach. Wir treffen einen Insider des Thüringer Verfassungsschutzes. Kein Interview vor der Kamera, aber er schildert ausführlich die Rolle des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ab Februar 1998 läuft die sogenannte Operation "Drilling": "Für die Observationen hat uns das Bundesamt 15 bis 20 Mann mehrere Monate zur Verfügung gestellt. In Jena setzten sie sogar ein Kleinflugzeug zur Verfolgung von Autos ein. Wir selbst, d.h. der Thüringer Verfassungsschutz, hatten nur fünf Mann zur Verfügung."

Die Verhältnisse waren klar. Mit modernster Technik observierten die Geheimdienstler die Unterstützer des Trios. Peilsender wurden an Autos montiert. Die Truppführer des Bundesamtes fällten sogar die operativen Entscheidungen vor Ort. Welche Objekte wann observiert wurden, lag in der Hand der Bundesbehörde. Mehr noch: In einem aktuellen geheimen Gutachten des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht, dass das Bundesamt auch im folgenden Jahr nach dem Trio weitersucht. Nun sogar auch in Sachsen. Auch Partnerdienste des Bundesamtes im Ausland wurden in die Suche aktiv einbezogen. In Thüringen, das für die Verfehlungen seines eigenen Verfassungsschutzes lange in der Kritik stand, ist man erstaunt über die Neuigkeiten.

Wolfgang Fiedler, innenpolitischer Sprecher CDU Thüringen:

"Eins ist Fakt, dass die Bundesbehörden unterschiedlicher Art heftig mitgemischt haben. Ich sag es mal so und man muss jetzt auch zu seiner Verantwortung stehen und ich glaube es ist höchste Zeit, dass die Bundesbehörden gemeinsam mit den Länderbehörden an die Aufklärung gehen und nicht Einer dem Anderen sagt, was er nicht darf oder einer dem Anderen das zuschiebt."

Doch bei den neuen Erkenntnissen geht es nicht nur um den Streit, wer welche Verantwortung trägt. Die Tatsache, dass den Bundesbehörden von Anfang an alle Details über das Trio bekannt waren, wirft auch ein anderes Bild auf den Umgang mit der späteren Mordserie. Als das BKA die Bluttaten 2007 untersucht, kommt ein Profiler zum richtigen Ergebnis: rechtsextreme Täter mit psychisch gestörtem Hintergrund. Das heißt, dieselbe Behörde, die über die Gefährlichkeit des Trios Bescheid wusste, hatte auch bei der Mordserie Spuren, die in die rechte Szene führen. Zusammenhänge wurden jedoch nicht entdeckt.

Christian Ströbele kontrolliert im parlamentarischen Kontrollgremium des Bundes die Arbeit der Bundesbehörden. Für ihn ist es unerklärlich, dass im selben Haus verschiedene Ermittlungen in die rechte Szene erfolgten, ohne dass Rückschlüsse gezogen wurden.



Christian Ströbele, Bündnis90/Grüne, Parlamentarisches Kontrollgremium:

"Es ist überhaupt nicht nachvollziehbar, warum das nicht geschehen ist. Es gab konkrete Hinweise, gerade auch offensichtlich vom BKA, von einem Profiler und trotzdem wollte man diesen Zusammenhang nicht sehen."

Warum diese Ansätze damals nicht verfolgt worden sind, ist bis heute völlig unklar. Die Aufarbeitung des Behördenversagens fängt gerade erst an - nun auch auf Bundesebene.